

Der lange Schatten der Geschichte

Das Alter von staatlichen Strukturen geht einher mit der Wirtschaftsleistung. Wo sich Gesellschaften im Verlauf der Zeit selbst «domestiziert» haben, sind die Einkommen heute höher als anderswo. **JOACHIM VOTH**

Schon die Bibel wusste: Wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden (Matthäus 25). Was zunächst nach einem Mangel an Chancengleichheit auf der Ebene von Individuen klingt, zeigt sich auf erstaunliche Weise als treffgenau in der langfristigen Wirtschaftsentwicklung. Die meisten der Länder, die heute reich sind, waren schon 1500 mit überdurchschnittlichem Einkommen gesegnet. Besonders gross ist die Vorhersagekraft der Vergangenheit für die letzten 200 Jahre, also die Phase seit der (beginnenden) Industrialisierung.

Die langen Schatten der Vergangenheit sind für die moderne Volkswirtschaftslehre schwer erklärbar. In den Standard-Wachstumsmodellen sollte schnelle Konvergenz – das rapide Aufholen der ärmeren Länder – den Regelfall darstellen. In armen Ländern ist Kapital besonders knapp und deshalb profitabel, da es viel billige Arbeit gibt, und die (zu Beginn der Aufholjagd) hohen Gewinne reinvestiert, bis Einkommen und Kapitalstock sich dem Niveau der führenden Wirtschaftsnationen angepasst haben. Genau das aber scheint eher Ausnahme denn die Regel zu sein – in vielen relativ armen Ländern kommt es zu jahrzehntelanger Stagnation oder massiven Rückschritten.

Der anscheinende Fluch (historischer) Armut ist auch eine Herausforderung für die Wirtschaftspolitik. Wenn das Standard-Wachstumsrezept von mehr Kapital, Gewinn und dann Wachstum so nicht funktioniert, dann ist auch traditionelle Entwicklungshilfe weniger hilfreich als zunächst erwartet. Seit 1960 haben entwickelte Länder mehr als 600 Mrd. \$ an Hilfen an afrikanische Staaten transferiert (ungefähr 10% der jährlichen Wirtschaftsleistung der Empfängerländer jedes Jahr seit 1990). Gleichzeitig stagnierten die Realeinkommen pro Kopf zwischen 1970 und 2010. Trotz des epischen Versagens von Entwicklungshilfe seit 1960 sind bspw. die EU-Länder entschlossen, mindestens 0,7% ihres Brutto- sozialprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben.

Armut hat historische Wurzeln

Vielleicht brauchen wir als ersten Schritt neues Nachdenken über die historischen Wurzeln heutiger Armut. Wie kann es sein, dass die Schatten der Vergangenheit derart lang sind? Ein Blick auf die historischen Faktoren, die mit Armut (früher und heute) einhergehen, legt einige Schlussfolgerungen nahe: Die Teile Afrikas, die über Jahrhunderte dem Sklavenhandel ausgesetzt waren,

sind heute besonders arm. Wo Familienmitglieder von Verwandten, Freunden und Stammesmitgliedern in das unendliche Elend des Sklaventums verkauft wurden, ist in Umfragen das zwischenmenschliche Vertrauen regelmässig niedriger. Auch koloniale Formen der Ausbeutung rächen sich noch bis heute. So sind die Teile Perus, in denen die spanischen Eroberer vor 500 Jahren eine besonders ausbeutende Form der Leibeigenschaft eingeführt hatten, besonders arm. Innerhalb Italiens sind regelmässig diejenigen Regionen heute wirtschaftsstarke, die sich im Mittelalter selbst verwalteten und nicht vom Papst oder von fremden Königen beherrscht wurden.

Der Würgegriff der Geschichte scheint also eine kulturelle Komponente zu haben. Was genau passiert, kann man besser verstehen, wenn man sich ansieht, wie stark das Alter staatlicher Strukturen mit der Wirtschaftsleistung einhergeht: Rund um den Erdball sind Länder reicher, wenn es dort einen entwickelten Staat bereits seit vielen Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden gibt. Dabei ist der eigentliche Ort staatlicher Strukturen egal – was zählt, ist der Anteil derjenigen in der Bevölkerung, deren Vorfahren unter wohlgeordneten Zentralstaaten mit vielen Hierarchieebenen gelebt haben.

Dies zeigt sich in Afrika, wo zur Zeit der Ankunft der Europäer in einigen Gegenden der örtliche Stamm mit einem Häuptling die höchste Organisationsstufe darstellte, während in anderen Regionen komplexe Strukturen bis hin zu Königreichen existierten. Überall dort, wo es mehr staatliche Struktur und Hierarchie gab, ist bis heute die Armut geringer. Der Effekt zeigt sich innerhalb eines einzigen Landes besonders schön in Vietnam: Dort breitete sich im Mittelalter der zentral organisierte Staat von Norden her aus; aus zufälligen Gründen hörte die Expansion dabei im Süden auf, und ein Teil des heutigen Territoriums ist erst sehr spät von einem zentral organisierten Staat verwaltet worden. Im «wildem Süden» findet man deutlich weniger prosoziale Einstellungen, weniger Institutionen der Zivilgesellschaft, mehr Steuervermeidung und schlechte Infrastruktur, selbst heute, 200 Jahre nach dem Ende der Expansion des vietnamesischen Zentralstaats.

Ein guter Teil der langen Schatten der Geschichte findet also in den Köpfen der Menschen ihren Niederschlag. Er hat anscheinend damit zu tun, was Norbert Elias als Prozess der Zivilisation bzw. Stephen Pinker als den Triumph der besseren Engel unserer Natur beschreibt: mit dem langsamen, schrittweisen, massiven Rückgang zwischenmenschlicher Gewalt in den vergan-

genen Jahrhunderten, getrieben und unterstützt durch den Aufstieg staatlicher Institutionen, die das Gewaltmonopol durchsetzen. Der «Krieg aller gegen alle», wie ihn Thomas Hobbes als Naturzustand vor der Ankunft des Leviathan beschreibt, bedroht nicht nur Leib und Leben, sondern auch den Wohlstand. Überall dort, wo sich Menschen jedoch selbst «domestiziert» haben und dank mal mehr, mal weniger sanfter Anreize in der Form von Polizei, Justizsystem und Gefängnissen gelernt haben, friedlicher, kooperativer, regelgebundener zusammenzuleben, sind heute die Einkommen deutlich höher.

Die Bedeutung des Staates und des staatlichen Gewaltmonopols kann auch erklären, warum einige Länder dem Fluch der Geschichte entkommen sind, während andere bis heute arm bleiben. In ostasiatischen Gesellschaften ist der Staat zumeist «alt»; in Japan und China sind komplexe staatliche Strukturen noch älter als in Europa. Beide Länder haben sich binnen eines Jahrhunderts aus tiefster Armut emporgearbeitet, genauso wie die ehemaligen japanischen Kolonien Südkorea und Taiwan. Wo nach dem Niedergang der europäischen Kolonialreiche hingegen nur schwache staatliche Strukturen übrig blieben (wie in weiten Teilen Afrikas, wo die Zentralregierung häufig bis heute allenfalls die Hauptstadt und ihr Hinterland kontrolliert), herrscht zumeist tiefste Armut.

Umdenken in der Entwicklungspolitik

Ökonomen stehen der Rolle des Staates oft skeptisch gegenüber; Dirigismus und Gängelung von Marktkräften sind gerade in reichen Gesellschaften ernsthafte Herausforderungen. Dabei wird aber leicht die heilbringende Macht des Staates gerade in den frühen Phasen der Wirtschaftsentwicklung vergessen. Für diese scheint es eher nebensächlich zu sein, ob die staatlichen Institutionen besonders «inklusiv» sind oder nicht; weder China noch Deutschland, Japan oder Südkorea waren pluralistische, demokratische Gesellschaften zu der Zeit, als sie der primären Armut entflohen.

Der so wenig intuitive, lange Schatten der Geschichte legt auch einen deutlich anderen Fokus in der Entwicklungspolitik nahe. Statt auf Budget Assistance (Transfers in den Haushalt eines Entwicklungslandes), auf den Bau von Staudämmen und die Verbesserung der medizinischen Versorgung zu setzen, sollte sich ein guter Teil der Förderung auf den Aufbau schlagkräftiger staatlicher Strukturen konzentrieren. Erst ein effektives Justizsystem erlaubt privatwirtschaftliche Transaktionen und ermöglicht die effizienzfördernde Wirkung des Marktes; erst ein über Generationen eingeübtes, automatisches Ein- und Unterordnen unter die Normen und Gesetze des Staates sorgt für Vertrauen und Wachstum.

Joachim Voth ist Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Zürich.

Wissen ist Geld

Man lernt für das Leben, nicht für die Schule. Das sagt sich so schön. Doch ausgerechnet einer der wichtigsten Bereiche wird ausgelassen: Geld und Börsen. Damit werden die meisten allein gelassen. Das in einer Zeit, in der es immer wichtiger wird, eigene Anlageentscheide zu fällen. Sei es in Bezug auf Geldanlagen oder private Vorsorge und die damit verbundene finanzielle Unabhängigkeit. Angesichts der steigenden Lebenserwartung und der zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten der staatlichen Versorgungssysteme ist es absolut zentral, sich in Anlagethemen rundum fit zu halten.



PASCAL MEISSER
Redaktor
zum Thema
Anlegen

Mit dieser Ausgabe startet «Finanz und Wirtschaft» die Serie «Einfach anlegen».

Sie soll Wissen vermitteln und auffrischen, aber auch vor Fallen und Fallstricken warnen (vgl. Seite 10). Sich mit Finanzmärkten zu befassen, kann und soll durchaus auch Spass machen. Doch letztlich geht es um Geld und Rendite. Nur wer die Mechanismen der Finanzmärkte wirklich versteht und weiss, worauf er achten muss, wird langfristig erfolgreich investieren.

Den Auftakt macht ein Überblick über die verschiedenen Auftragsarten – mit allen ihren Vor- und Nachteilen. Dazu gibt es Beispiele aus der Praxis. In den kommenden Wochen wird die FuW-Redaktion in loser Folge Erklärstücke rund um Anlagethemen und Renditen veröffentlichten, mit Mythen aufräumen, auf häufige Fehler hinweisen und Lösungen aufzeigen. In den nächsten Folgen stellen wir unter anderem verschiedenste Investitionsstrategien auf den Prüfstand und geben Tipps zur Wahl des passenden Online-Brokers. Auch beim Geldanlegen gilt: Nur wer sich regelmässig weiterbildet, ist bereit für die Zukunft.

Kernenergie als Teil einer sicheren Stromversorgung

Ein neues Positionspapier von Swissnuclear zeigt die wichtige Rolle des Langzeitbetriebs der Schweizer Kernkraftwerke. **PETER MORF**

Das Parlament hat in der Sommersession das CO₂-Gesetz beschlossen. Aller Voraussicht nach wird das Volk dazu das letzte Wort haben. Das Referendum angekündigt haben zunächst Westschweizer Sektionen des Klimastreiks. Das ist eher erstaunlich, hintertreiben sie damit doch das eigene Anliegen der Klimaneutralität. Ihnen geht das Gesetz zu wenig weit, sie wollen mehr, und das sofort. Wie realistisch diese Haltung ist, kann offenbleiben.

Ein zweites Referendumskomitee hat sich aus Vertretern u.a. der Automobil-, der Transport- oder der Mineralölbranche gebildet. Ihm geht das Gesetz viel zu weit. Das CO₂-Gesetz ist von grösster Tragweite und installiert in der Energie- und der Klimapolitik eine Planwirtschaft. Es ist wichtig und richtig, dass der Stimmbürger darüber entscheiden kann.

Schwierigere Importe

Zudem ist eine Revision des Energiegesetzes hängig. Dabei sollen besonders die Subventionen für erneuerbare Energieträger verlängert werden – entgegen frühen Versprechungen, die Subventionen würden auslaufen. Diese Revision und das CO₂-Gesetz haben – abgesehen von ihrer interventionistischen Ausrichtung – eine Gemeinsamkeit: Sie leisten beide keinen nennenswerten Beitrag zur Sicherung der Stromversorgung.

Das ist darum von Bedeutung, weil die Versorgungssicherheit je länger, desto weniger selbstverständlich ist. Die Schweiz

ist im Winter stets auf Stromimporte angewiesen. Dieser Bedarf wird mit der Stilllegung des Kernkraftwerks Mühleberg im vergangenen Dezember noch zunehmen. Überdies ist mit einer steigenden Strom-

«Das CO₂- und das Energiegesetz leisten keinen nennenswerten Beitrag zur Versorgungssicherheit.»

nachfrage zu rechnen. Als Stichwort mögen die Förderung der E-Mobilität, der Ersatz von Ölheizungen oder die fortschreitende Digitalisierung genügen.

Umgekehrt nehmen die Möglichkeiten für Importe aus Deutschland und Frankreich ab. Deutschland will aus der Kernkraft wie auch der Kohle aussteigen und dürfte damit bald selbst zum Stromimporteur werden. Frankreich hat begonnen, ältere Kernkraftwerke vom Netz zu nehmen.

In dieser ungemütlichen Situation hat der Branchenverband der Schweizer Kernkraftwerkbetreiber Swissnuclear ein neues Positionspapier veröffentlicht: «Der Langzeitbetrieb der Schweizer Kernkraftwerke». Der Begriff Langzeitbetrieb orientiert sich an der ursprünglich angenommenen Lebensdauer von Kernkraftwerken von vierzig Jahren. In der Schweiz stehen damit schon heute drei von vier Kraftwerken im Langzeitbetrieb: Die zwei Werke in

Beznau sowie dasjenige in Gösgen sind seit über vierzig Jahren in Betrieb. Das von Leibstadt ging 1984 in Betrieb.

Aufgrund der steten Sicherheitsaufrüstung wird heute mit einer Betriebsdauer von sechzig Jahren gerechnet. Darauf werden auch die Unterhaltsarbeiten ausgerichtet. Solange die Werke sicher sind, können sie betrieben werden. In der Schweiz gibt es keine Begrenzung der Laufzeit der Kernkraftwerke. Über die Sicherheit der Werke wacht und entscheidet das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi). Ein Blick in die USA zeigt, dass die längere Betriebsdauer Normalität ist: Gemäss dem Papier haben in den USA bislang neunzig Kraftwerke eine Betriebsbewilligung von sechzig Jahren erhalten, vier gar von achtzig Jahren.

Die Kernenergie ist sehr klimafreundlich. Gemäss dem Positionspapier stösst nur die Grosswasserkraft weniger Treibhausgas aus. Sie kommt je Kilowattstunde auf 5 bis 15 Gramm CO₂-Äquivalente. Die Kernenergie (10 bis 20 Gramm) liegt etwa gleichauf mit der Windenergie (8 bis 27 Gramm). Alle übrigen Energieträger sind für wesentlich höhere Treibhausgasemissionen verantwortlich. Zudem weisen die Kernenergie und die Grosswasserkraft auch die niedrigsten Produktionskosten pro Kilowattstunde auf.

Damit wird die Kernaussage des Papiers untermauert: Die Klimaziele der Schweiz können nur erreicht werden, wenn die Kernkraftwerke weiter betrieben werden können. Zusammen mit der Was-

serkraft bilden sie weiter das Rückgrat der Stromversorgung der Schweiz.

Das Problem der Versorgungslücke im Winter ist damit jedoch noch nicht gelöst. Wegen des Verbots das Baus neuer Kernkraftwerke – seit der Abstimmung über die Energiestrategie 2017 in Artikel 12a des Kernenergiegesetzes verankert – können die Kapazitäten nicht erweitert werden. Ein faktischer Ausbaustopp besteht auch im Bereich der Grosswasserkraft, Kapazitätssteigerungen gibt es auch da vorerst nicht. Und Sonne und Wind können das Problem im Winter nicht lösen. Angesichts der schwieriger werdenden Importe führt das eher früher als später zum Bau von Gaskraftwerken zur Sicherung der Stromversorgung – womit die Klimaziele gänzlich unerreichbar werden.

«Aufgrund der steten Sicherheitsaufrüstung wird mit einer Betriebsdauer von sechzig Jahren gerechnet.»

So ist es ein Spiel mit dem Feuer, wenn linke und grüne Kreise der Kernkraft in der Schweiz mit politischen Vorstössen das Leben schwermachen wollen. Dabei sollen die Nachrüstung oder auch die Entsorgung erschwert oder verteuert werden, bis sich der Weiterbetrieb nicht mehr rechnet. Darum wurde letztlich auch Mühleberg

stillgelegt. Eine Alternative zur Sicherstellung der Stromversorgung wird nicht aufgezeigt. Zur Erinnerung: Auch ohne Mühleberg kommt rund ein Drittel der Schweizer Stromerzeugung aus Kernkraftwerken, die Importe aus französischen Kernkraftwerken nicht eingerechnet.

Kein Auslaufmodell

Das Papier zeigt, dass die Kernkraft kein Auslaufmodell ist, wie Links-Grün gern behauptet. Selbst das International Panel on Climate Change (IPCC) geht davon aus, dass das Ziel von «netto null» CO₂-Ausstoss ohne Kernkraft nicht erreicht werden kann. In seinen Szenarien zur Begrenzung der globalen Erwärmung steigt der Anteil der Kernenergie.

International lässt sich denn auch ein Ausbau der Kernenergie beobachten. Derzeit sind global 54 Kernkraftwerke im Bau. Allein zwölf davon in China und sieben in Indien. Projektiert sind 119 Anlagen, gut die Hälfte davon in China (42) und Indien (20). Diese Länder gehören global zu den grössten Emittenten von CO₂. Sie haben offenbar erkannt, dass eine spürbare Reduktion ihrer Emissionen nur über einen Ausbau der Kernenergie zu erreichen ist.

Angesichts dieser Entwicklungen wäre die Schweizer Politik gut beraten, den Kernkraftwerken den Betrieb nicht zusätzlich zu erschweren. Links-Grün müsste endlich zur Kenntnis nehmen, dass seine klimapolitischen Ziele ohne die Kernenergie nicht zu erreichen sind.